

## Beispielklausur Grundkurs Sozialwissenschaften

Unterrichtsvorhaben VIII: Alles bleibt anders? Wandel gesellschaftlicher Strukturen

Thema: Sozialstaatliches Handeln, Sozialstaat, Sozialer Wandel, Wirtschaftspolitik

Aufgabenart: Darstellung - Analyse - Erörterung (A)

### **Aufgaben:**

- 1) Stelle das im Grundgesetz der Bundesrepublik verankerte Sozialstaatsgebot dar. (24 Punkte)
- 2) Analysieren Sie den Text im Hinblick auf die Position des Autors zum deutschen Sozialstaat. Erläutern Sie dabei die im Text angesprochenen Lohnnebenkosten, die den Faktor Arbeit für Unternehmen teuer machen. (46 Punkte)
- 3) Erörtern Sie unter Einbezug der Meinung des Autors, ob der bundesdeutsche Sozialstaat zu teuer ist. (30 Punkte)

(Darstellungsleistung 20 Punkte)

### Materialgrundlage:

Möller, Joachim: Der Sozialstaat ist teuer und macht träge - stimmt's? Spiegel online vom 29. November 2011.

URL: <http://www.spiegel.de/karriere/berufsleben/mythen-der-arbeit-der-sozialstaat-ist-teuer-und-macht-traege-stimmt-s-a-800474-druck.html> (letzter Zugriff am 08.01.2015)

### Zugelassene Hilfsmittel:

- Wörterbuch zur deutschen Rechtschreibung

### Der Sozialstaat ist teuer und macht träge - stimmt's?

Die Kritik am Sozialstaat mit seinen vermeintlich negativen Wirkungen ist so alt wie der Sozialstaat selbst. Die These, dass der Sozialstaat ein Hemmschuh für mehr Beschäftigung sei, fußt auf einem Anreiz- und einem Kostenargument. Zum einen schwäche ein großzügiger Sozialstaat die Arbeitsanreize. Je großzügiger soziale Leistungen bemessen sind, desto attraktiver ist es, Sozialleistungen zu beziehen, anstatt einer regulären Erwerbsarbeit nachzugehen - zumal dann, wenn letztere mit hohen Steuern und Abgaben belegt wird.

Zum anderen erhöhen Sozialabgaben die Lohnnebenkosten und verteuern damit den Produktionsfaktor Arbeit für die Unternehmen. Diese reagieren, indem sie menschliche Arbeit durch Maschinen ersetzen oder kostengünstigere Produktionsstandorte im Ausland errichten.

Unbestritten dürfte sein, dass es durch sozialstaatliche Regelungen durchaus zu Fehlanreizen kommen kann. [...] Dass solche Fehlkonstruktionen vorkommen, heißt aber noch nicht, dass der Sozialstaat an sich Arbeitsanreize schwächt. Vielmehr kommt es auf die konkrete Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme an.

Es gehört zum gesellschaftlichen Konsens, dass ein Erwerbsfähiger, der arbeitet, materiell bessergestellt werden sollte, als einer, der nicht arbeitet. Häufig wird behauptet, dass arbeitslose Empfänger von Leistungen der staatlichen Grundsicherung besser dastünden als Personen, die für ihren Lebensunterhalt arbeiten gehen.

Das erweist sich genauer betrachtet als wenig stichhaltig. So darf jeder Hartz-IV-Empfänger, der sich etwas hinzuverdient, zumindest einen Teil seines Hinzuverdienstes behalten. Und Personen, die gerade so viel verdienen, dass sie aus der Grundsicherung herausfallen, haben weiterhin Ansprüche an Sozialleistungen, etwa Wohngeld. In jedem Fall hat jemand, der arbeitet, letztlich mehr in der Tasche als jemand, der ausschließlich Hartz IV bezieht.

Natürlich kann man auch die Frage stellen, ob denn der Abstand ausreichend sei, um zur Aufnahme einer Arbeit zu motivieren. In der Diskussion über die Hinzuverdienstmöglichkeiten von Hartz-IV-Empfängern wird diese Problematik deutlich. Jedes bezahlbare soziale Sicherungssystem muss die Unterstützungszahlungen zurückfahren, wenn die Betroffenen selbst Geld verdienen. Dies ist der sogenannte Transferentzug. Im heutigen Hartz-IV-System gibt es eine Transferentzugsrate von bis zu 90 Prozent: Von einem zusätzlich verdienten Euro bleiben dann zehn Cent. Das ist nicht gerade viel.

Die überwiegende Finanzierung des deutschen Sozialstaats über Sozialbeiträge, die von der Höhe des Lohns abhängen, führt dazu, dass die gesetzlichen Lohnnebenkosten in Deutschland im internationalen Vergleich hoch sind. Das darf jedoch nicht zu dem Fehlschluss verleiten, dass die Arbeitskosten insgesamt in Ländern mit schwächer ausgebautem Sozialstaat zwangsläufig niedriger wären. Denn wenn die Absicherung gegen soziale Risiken wie Alter und Krankheit nicht über die staatlichen Sozialsysteme erfolgt, bedarf es entsprechender privater oder betrieblicher Systeme, die natürlich ebenfalls finanziert werden müssen. Dies schlägt - direkt oder indirekt - auch auf die Arbeitskosten durch. [...]

Der Sozialstaat darf aus volkswirtschaftlicher Perspektive nicht auf die Rolle eines unproduktiven Kostgängers reduziert werden. Vielmehr schafft er erst die Voraussetzungen für die Funktionsfähigkeit einer modernen Volkswirtschaft. Die sozialen Dienstleistungen tragen dazu bei, die Arbeitsmarktchancen für zahlreiche Gruppen nachhaltig zu stärken.

So verbessern öffentlich finanzierte Kinderbetreuungs- und Pflegeeinrichtungen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Auch die Wirtschaft profitiert von einer ausreichend finanzierten staatlichen Gesundheitsvorsorge. Und viele Langzeitarbeitslose würden ohne die Leistungen der aktiven Arbeitsförderung noch schwerer als ohnehin schon den Weg zurück auf den ersten Arbeitsmarkt finden. Ein aktivierender Sozialstaat fördert also Investitionen in das individuelle Arbeitsvermögen, die sich langfristig auszahlen.

Zwei weitere Aspekte möchte ich noch betonen: Gesamtwirtschaftlich betrachtet erfüllen die Sozialsysteme eine wichtige Funktion. Das heißt, dass sie in ökonomischen Abschwungphasen dazu beitragen, den Ausfall der Nachfrage zumindest teilweise kompensieren und Beschäftigung stabilisieren. [...]

Auch das Arbeitslosengeld wirkt antizyklisch, das heißt, es dämpft die Wirkungen einer Rezession ab. In einem weltwirtschaftlichen Umfeld, das sich als zunehmend labil und krisenanfällig erweist, darf diese Stabilisierungsfunktion des Sozialstaats keineswegs unterschätzt werden.

Nicht zuletzt reduziert der Sozialstaat die Ungleichheit der Einkommen und entschärft damit auch gesellschaftliche Spannungen. Es dürfte kein Zufall sein, dass Probleme wie Kriminalität, Drogenkonsum oder Teenagerschwangerschaften in den gut ausgebauten Sozialstaaten seltener auftreten als in Ländern ohne soziale Absicherung. Die jüngsten Krawalle in Großbritannien zeigen, welche immensen Kosten für Staat und Gesellschaft entstehen können, wenn der soziale Friede auseinanderbricht. Er ist aber nicht zum Nulltarif zu haben.

## Erwartungshorizont Beispielsklausur Grundkurs

	Anforderungserwartung zu den einzelnen Aufgaben
1	<p><b>SuS stellt das im GG der BRD verankerte Sozialstaatsgebot so oder in ähnlicher Art und Weise dar:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>im GG gibt es verschiedene Artikel, die Sozialstaat festschreiben aber offen lassen, wie dieser Sozialstaat ausgeformt werden soll</li> <li>Bsp.: Art.1 (Würde des Menschen), Art. 20 ("sozialer Bundesstaat"), Art 28 ("sozialer Rechtsstaat") etc.</li> <li>Politik bestimmt, wie dieser Sozialstaat ausgestaltet wird, Vorstellungen sozialer Gerechtigkeit spielen dabei ebenso eine Rolle, wie tagesaktuelle Problemstellungen (bspw. wirtschaftliche Entwicklungen) und strukturelle Veränderungen (Stichwort Globalisierung) auf dem Arbeitsmarkt.</li> <li>In BRD wird über verschiedene Sozialversicherungen ein soziales Netz aufgespannt, Säulen der Sozialversicherungen sind: Arbeitslosen-, Renten-, Pflege-, Krankenversicherung, wobei diese teilweise vom Staat, teilweise von privaten Unternehmen (Krankenversicherung) übernommen werden</li> </ul>
2	<p><b>SuS analysiert den Text hinsichtlich der Position der Autoren zum deutschen Sozialstaat in folgender oder gleichwertiger Weise, indem er/sie:</b></p> <p>den Artikel einordnet und kurz das Thema des Artikels vorstellt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>von Joachim Möller, Der Sozialstaat wird teuer vom 29.11.2011, erschienen im Spiegel online, Kommentar zu der Diskussion über die Kosten des dt. Sozialstaates</li> </ul> <p>die Position der Autoren zum deutschen Sozialstaat analysieren:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Autor steht dem Sozialstaat positiv gegenüber (Z. 39-40, Z. 39ff.)</li> <li>er äußert gegenüber dem Sozialstaat auch Kritik (Z. 1 bis 11), jedoch stellt der die soziale Sicherung als Ganzes nicht in Frage, sondern er bezieht sich auf die Ausgestaltung und damit die Effizienz des Sozialstaates (Z. 12-13, bzw. Z. 38-39)</li> </ul> <p>die Art der Argumentation der Autoren analysiert</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Autor argumentiert, indem er erst Argumente gegen den Sozialstaat vorbringt und anschließend diese entkräftet und den entstehenden positiven Effekt durch weitere Argumente unterstützt</li> <li>sprachlich arbeitet er mit Fachbegriffen und auf einem hohen fachsprachlichen Niveau, womit er sicherlich auch Leser anspricht, die sich mit dem Thema auskennen</li> </ul> <p>SuS stellt die Position des Autors so oder in ähnlicher Art und Weise dar:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Kritik am Sozialstaat: Großzügigkeit Sozialstaat verringert Arbeitsanreize, auch wenn Arbeit mit hohen Steuern und Abgaben belegt ist, zudem erhöhen Sozialabgaben die Kosten der Unternehmen, aber nicht Sozialstaat reduziert Arbeitsanreize sondern Fehlkonstruktionen (Z. 1 bis 13)</li> <li>es ist Konsens, dass Erwerbstätiger mehr Geld hat als Empfänger staatl. Grundsicherung (Z. 16-17)</li> <li>Finanzierung Sozialstaat führt zu hohen Arbeitskosten in Deutschland (Lohnnebenkosten) (Z. 30-32)</li> <li>private FiSozialstaat nicht nur Kostenverursacher, sondern er schafft Basis für funktionieren einer Volkswirtschaft und kann in einer Rezession das Absinken der Nachfrage teilweise auffangen und dessen Wirkung abdämpfen (Z. 49-55)</li> <li>Sozialstaat verringert Ungleichheit Einkommen und sorgt so für sozialen Frieden, er ist aber auch nicht umsonst (Z. 56-59)</li> <li>erläutert die im Text angesprochenen Lohnnebenkosten so oder in ähnlicher Art und Weise:</li> <li>Lohnnebenkosten sind die Versicherungsabgaben, die die Arbeitgeber neben dem Lohn an die Sozialversicherungen abzuführen haben</li> <li>Lohnnebenkosten betragen über 20 Prozent des Bruttolohnes des Arbeitnehmers,</li> <li>d.h. der Unternehmer muss zu dem zu bezahlenden Bruttolohn noch 20 Prozent des Lohnes als Lohnnebenkosten (und Arbeitsgeber-beitrag) an die Sozialversicherungen abführen</li> </ul>
3	<p><b>SuS erörtern unter Einbezug der Position des Autors, ob deutsche Sozialstaat zu teuer ist, indem er beispielsweise:</b></p> <p>Auf Pro-Seite so argumentiert:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Sozialstaat für Volkswirtschaft und Gesellschaft nützlich, indem er sozialen Frieden schafft und für eine Verteilungsgerechtigkeit sorgt (Besserverdienenden müssen sich mehr an den Kosten beteiligen, die Geringverdiener werden geringer belastet)</li> <li>Kosten werden auch durch den Generationenvertrag gerecht in der Gesellschaft verteilt (jede Generation muss die Lasten tragen und wird dafür später versorgt)</li> <li>Arbeitsproduktivität steigt stetig, womit die Folgen des demographischen Wandels teilweise wieder aufgefangen werden</li> <li>Anpassungen in den letzten Jahren (Hartz-Reform) sorgen für eine Flexibilisierung des Arbeitsmarktes und damit auch für eine Effizienzsteigerung des Sozialstaates</li> </ul> <p>Auf Contra-Seite so argumentiert:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>Kosten für den Sozialstaat sind zu hoch und wachsen seit der Einführung jedes Jahr weiter an</li> <li>durch demographischen Wandel werden die Sozialversicherungen noch mehr belastet, ein Wandel ist auch hier nicht in Sicht</li> <li>hohen Lohnnebenkosten machen Deutschland längerfristig als Wirtschaftsstandort unattraktiv, womit die gute wirtschaftliche Entwicklung (und damit auch eine der Stützen des Sozialstaates) sich abschwächen, wenn nicht sogar negativ entwickeln wird</li> </ul> <p>SuS fällt abschließend ein Urteil. Dieses beruht auf eine abwägenden Reflektion der einzelnen Elemente in einem in sich konsistenten und logischen Argumentationsgang und lässt ein eigenständiges Gesamturteil erkennen</p>
	<b>Summe Aufgabe 1, 2 und 3</b>

Darstellungsleistung:

1	Der Prüfling: strukturiert seinen Text schlüssig, stringent sowie gedanklich klar und bezieht sich dabei genau und konsequent auf die Aufgabenstellung.
2	bezieht beschreibende, deutende und wertende Aussagen schlüssig aufeinander.
3	belegt seine Aussagen durch angemessene und korrekte Nachweise (Zitate u. a.).
4	formuliert unter Beachtung der Fachsprache präzise und begrifflich differenziert.
5	schreibt sprachlich richtig (Grammatik, Orthographie, Zeichensetzung) sowie syntaktisch und stilistisch sicher.
	<b>Summe der Darstellungsleistung</b>

## Beispielklausur Leistungskurs Sozialwissenschaften

Unterrichtsvorhaben V: Vorteile durch Gemeinschaft? Der Europäische Binnenmarkt und die EWWU

Thema: Die europäische Wirtschafts- und Währungsunion

Aufgabenart: Darstellung - Analyse - Erörterung (A)

### **Aufgaben:**

1) Stellen Sie dar, was den Kern der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion ausmacht, und benennen Sie ihre zentralen Elemente. (26 Punkte)

2a) Analysieren Sie den Text hinsichtlich der Position des Autors zur Reform des Stabilitätspaktes. (30 Punkte)

2b) Erläutern Sie, welche Möglichkeiten die Europäische Zentralbank hat, um das Wirtschaftswachstum im Euroraum zu unterstützen. (14 Punkte)

3) Erörtern Sie, inwieweit die im Text angesprochene Reform des Stabilitätspaktes und die von der Zentralbank betriebene Politik zur Stabilisierung der europäischen Krisenländer beitragen könnte. (30 Punkte)

(Darstellungsleistung: 20 Punkte)

### Materialgrundlage:

Aus: Ulrich Schäfer, Einfallstor für Rechenkünstler und Trickser, in:

<http://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/diskussion-um-reform-des-stabilitaetspakts-einfallstor-fuer-rechenkuenstler-und-trickser-1.2006772>, 20.6.2014 (Zugriff: 13.9.2016)

### Zugelassene Hilfsmittel:

- Wörterbuch zur deutschen Rechtschreibung

### **Einfallstor für Rechenkünstler und Trickser**

*Angriff auf den Stabilitätspakt: Europas Sozialdemokraten fordern, dass Länder mehr Schulden machen dürfen, wenn sie das Geld im Kampf gegen eine Krise investieren. Das ist gefährlich. Sinnvoller wäre es, wenn die Krisenländer mehr Zeit bekommen – und Deutschland mehr Verantwortung übernimmt.*

Theo Waigel hat, als Bonn noch Bundeshauptstadt und er noch Bundesfinanzminister war, die wichtigste Schuldenregel in Europa mal in einem prägnanten Satz zusammengefasst: „3,0 ist 3,0 ist 3,0.“ Der CSU-Politiker wollte damit sagen, dass nur jene Länder der Währungsunion angehören dürfen, die sich pro Jahr Kredite in Höhe von allenfalls drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts leisten. Alles darüber ist verboten.

Griechenland hat dann vorgemacht, dass man diese Regel mit einer kreativen Buchführung durchaus umgehen kann – und auch Deutschland und Frankreich haben vor einem Jahrzehnt die Drei-Prozent-Grenze mehrfach gebrochen. Sie reformierten daraufhin flugs den Stabilitätspakt, der die Mitglieder der Eurozone eigentlich zum Maßhalten zwingen soll. Rund ein Jahrzehnt später tönt erneut der Ruf durch Europa, man möge den Stabilitätspakt doch bitte noch weiter lockern. Vor allem Frankreich und Italien drängen darauf – zwei

Länder, die von sozialdemokratischen Regierungen geführt werden. Sie wurden in ihrem Ruf vom mächtigsten deutschen Sozialdemokraten unterstützt: von Sigmar Gabriel, SPD-Chef, Bundeswirtschaftsminister und Vizekanzler. Und ebenso von den Sozialisten im Europäischen Parlament. [...]

Die Forderung aus Paris, Rom, Brüssel und dem Willy-Brandt-Haus läuft darauf hinaus, dass künftig Investitionen, die Wachstum und Jobs schaffen sollen, aus den staatlichen Schulden herausgerechnet werden sollen. Denn Investitionen seien, so das Argument, nötig, um Europa aus der Krise herauszubringen; Investitionen seien, so muss man das verstehen, gute Ausgaben, weshalb man sie anders behandeln müsse als schlechte Ausgaben, etwa für Soziales oder Beamtengehälter.

Der Aufschrei deswegen ist groß – vor allem bei all jenen in Deutschland, die seit Jahrzehnten ohne Rücksicht auf makroökonomische Zusammenhänge stur das deutsche Stabilitätsdogma predigen: bei den Wirtschaftsverbänden, vielen Ökonomen, den konservativen Kräften in CDU und CSU. Gabriel ruderte deshalb prompt etwas zurück. Aber ist dieser Aufschrei berechtigt? Oder steckt hinter den Reformplänen nicht doch ein richtiger Gedanke?

Hier muss man unterscheiden zwischen dem Problem, das es zu lösen gilt, und dem, was [der italienische Ministerpräsident] Matteo Renzi und [der französische Präsident] François Hollande (und zunächst auch Gabriel) als Lösung vorgeschlagen haben. Das Problem ist offenkundig: Mit Sparen allein kommt Europa nicht aus der Krise. Im Gegenteil. Allzu rigide Einschnitte verschärfen die Lage der Krisenländer, weil dadurch zwar ihre Kreditaufnahme sinkt, die Wirtschaftsleistung aber ebenso – und sie in eine Abwärtsspirale geraten können. Selbst [Bundesfinanzminister] Wolfgang Schäuble hat deshalb schon vor Monaten betont, Griechenland brauche nicht bloß eine Sparpolitik, sondern nötig seien auch Maßnahmen, die das Wachstum fördern. Ein Problem, das – weil Europas Wirtschaft vernetzt ist – die gesamte Eurozone betrifft: Der Internationale Währungsfonds fordert schon seit Langem, Europa möge mehr investieren – vor allem jene Länder, die sich dies leisten können. Sprich: Deutschland.

Fraglich ist allerdings, ob die richtige Antwort auf dieses offenkundige Problem darin besteht, einfach den Stabilitätspakt so zu ändern, dass er allen Rechenkünstlern und Tricksern Tür und Tor öffnet. Denn darauf liefe es ja hinaus, wenn die nationalen Finanzminister künftig ihre Etats in gute Ausgaben (Investitionen!) und schlechte aufteilen könnten. Investitionen, die Wachstum fördern – das ist ein dehnbarer, unscharfer Begriff. [...]

Bedenklich ist zudem, dass nun ausgerechnet jene Länder auf eine Änderung des Pakts drängen, die in den letzten Jahren deutlich weniger Reformeifer gezeigt haben als die Griechen: nämlich Frankreich und Italien. Offenkundig geht es den dortigen Regierungen darum, jene Anpassungsschritte zu vermeiden, die nötig sind, aber Sympathien kosten.

Am Stabilitätspakt selber sollte man, das hat inzwischen auch Gabriel eingesehen, deshalb nichts ändern. Was man hingegen diskutieren kann und soll, ist die Frage, ob die Krisenstaaten mehr Zeit für ihre Reformprozesse bekommen sollten – und damit für das (Wieder-)Erreichen der Drei-Prozent-Grenze. Und auch, welche Länder mehr investieren sollten, um die Wirtschaft in Europa anzukurbeln – eine Frage, die sich vor allem an

Deutschland richtet. Es muss also darum gehen, den bestehenden, hinreichend flexiblen Stabilitätspakt angesichts der Krise richtig zu interpretieren; schließlich ist er ja – dieser Zusatz wird gern weggelassen – ein Stabilitäts- und Wachstumspakt. Es darf aber nicht darum gehen, dass man künftig nicht mehr weiß, ob 3,0 vielleicht in Wahrheit nicht 4,0 oder gar 5,0 sind.

### Erwartungshorizont zur Beispielsklausur Leistungskurs

	<b>Anforderungserwartung zu den einzelnen Aufgaben// Der/ Die SuS</b>
<b>1</b>	<p><b>stellt den Kern der Wirtschafts- und Währungsunion in folgender oder gleichwertiger Art und Weise dar:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Harmonisierung von Teilen der nationalen Wirtschaft</li> <li>- Verzicht auf unabhängige nationale Währungspolitik</li> <li>- Abgabe geldpolitischer Kompetenzen an eine gemeinsame und zentrale Behörde</li> <li>- Einführung einer Gemeinschaftswährung</li> </ul> <p><b>benennt die zentralen Elemente einer WWU (mit kurzer Erklärung) in folgender oder gleichwertiger Weise:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- freier Waren-, Personen- und Dienstleistungsverkehr (sodass dies europaweit erreichbar ist);</li> <li>- einheitliche Finanzpolitik (Aufgabe staatlicher Souveränität);</li> <li>- flankierende wirtschaftspolitische Maßnahmen (zielangemessenes Verwaltungshandeln; Kooperation auch auf kleineren Ebenen);</li> <li>- freier Kapitalverkehr (als Grundvoraussetzung für den Binnenmarkt und seine vier Freiheiten);</li> <li>- feste Wechselkurse (Aufgabe der Möglichkeit, die eigene Währung zu beeinflussen; Errichtung der EZB zur Stabilität der Einheitswährung);</li> </ul> <p>einheitliche Geldpolitik (keine nationale Währungssouveränität).</p>
<b>2a</b>	<p><b>analysiert den Text hinsichtlich der Position der Autoren zur in folgender oder gleichwertiger Weise, indem er/sie: den Artikel einordnet und kurz das Thema des Artikels vorstellt:</b></p> <p>Ulrich Schäfer, veröffentlicht in der „Süddeutschen Zeitung online“ am 20.6.2014, als wertenden Beitrag (Kommentar) zur Diskussion über die Finanzpolitik in der europäischen Finanzkrise</p> <p><b>die Position des Autors herausarbeitet:</b></p> <p>Schäfer lehnt die Forderung einiger Eurostaaten (Italien, Frankreich) sowie der SPD, „dass künftig Investitionen, die Wachstum und Jobs schaffen sollen, aus den staatlichen Schulden herausgerechnet werden sollen“ (Z. 36–39), ab. Er stimmt zwar zu, dass Sparen alleine nicht ausreicht, um Europa aus der Krise zu führen (Z. 62 f.). Sinnvoller als eine Änderung des Stabilitäts- und Wachstumspakts sei es allerdings, den Krisenstaaten mehr Zeit für notwendige Reformen einzuräumen, um die zulässige Haushaltsdefizitgrenze von 3 % des BIP wieder zu erreichen (Z. 98–102).</p> <p><b>die Art der Argumentation der Autoren erläutert:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- klare Struktur: erst Nennen der Forderung, danach der Begründungen und anschließend Problematisierung und Lösungsvorschlag.</li> <li>- Verwendung sowohl von Fachsprache („Stabilitätsdogma“, Z. 49) wie von bekannten Redewendungen („Gabriel ruderte ... zurück“, Z. 52 f; „allen Rechenkünstlern und Tricksern Tür und Tor öffnet“, Z. 81 f.), was den Text verständlicher macht;</li> <li>- abwägende, viele Positionen darstellende Argumentation, die den Eindruck von Fachkenntnis des Autors und sein Bemühen um „Objektivität“ vermittelt.</li> </ul> <p><b>die Begründungen zur Position des Autors analysiert:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Nach einem Rückbezug auf den früheren Bundesfinanzminister Theo Waigel, der betont hatte, dass nur Staaten der EWU beitreten dürften, die die Drei-Prozent-Grenze einhielten, stellt der Autor dar, wie diese Regel verschiedentlich gebrochen (Gr., Dt., Fr.) und sogar der Stabilitätspakt aufgeweicht wurde (Z. 7–23).</li> <li>- Sodann geht er darauf ein, dass nun – v. a. seitens der europäischen Sozialdemokraten erneut eine Aufweichung des Stabilitätspakts gefordert werde (Z. 24–34).</li> <li>- Begründet werde dies mit einer Unterscheidung zwischen guten und schlechten Schulden: Gut seien Schulden für Investitionen, die Wachstum und Arbeitsplätze brächten und nötig seien, um die Krise zu überwinden. Schlechte Schulden seien hingegen z. B. Ausgaben für Soziales oder Beamtengehälter (Z. 35–45).</li> <li>- Dagegen formiere sich Gegenwehr v. a. der Konservativen, die, bes. in Deutschland, „stur“ am „Stabilitätsdogma“ festhielten (Z. 46–52).</li> <li>- Der Autor versucht nun, beide Positionen zu vermitteln, und kommt zu dem Schluss, dass bloße Sparpolitik ebenso wenig helfe wie ein abermaliges Lockern der Schuldenregel. Um eine „Abwärtsspirale“ der Krisenländer zu vermeiden, seien, wie auch von Bundesfinanzminister Schäuble für Griechenland gefordert, Maßnahmen nötig, die das Wachstum förderten. Der IWF sehe bzgl. Investitionen bes. Deutschland in der Pflicht. Zweifelhaft sei jedoch, dass eine Aufweichung des Stabilitätspakts das probate Mittel sei, da durch die unscharfe Definition von guten und schlechten Schulden Lücken für Rechenricks entstünden (Z. 54–87).</li> <li>- Zudem sei bedenklich, dass gerade die Staaten eine Änderung des Stabilitätspakts forderten, die bisher kaum</li> </ul>

	<p>reformiert hätten; womöglich versuchten sie, „Anpassungsschritte zu vermeiden, die nötig sind, aber Sympathien kosten.“ (Z. 94 f).</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Zu überlegen sei allerdings, den Krisenstaaten mehr Zeit für erforderliche Reformprozesse zuzugestehen, und, welche Länder (z. B. Dt.) besonders zu Investitionen angehalten seien, um die europäische Wirtschaft anzukurbeln (Z. 96–110).</li> </ul>
2b	<p><b>erläutert, welche Möglichkeiten die Europäische Zentralbank hat, um das Wirtschaftswachstum im Euroraum zu unterstützen in folgender oder gleichwertiger Weise, indem er/sie:</b></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- erläutert, dass die EZB nur einen begrenzten Gestaltungsrahmen besitzt, um die Wirtschaft zu beeinflussen und dass das vorrangige Ziel der EZB die Gewährleistung der Preisstabilität ist</li> <li>- die geldpolitischen Instrumentarien der EZB Geldpolitik benennt, bspw. die Anhebung und Senkung des Leitzins, die Erhöhung oder Senkung der Mindestreserve der Banken und die Veränderung der Hauptrefinanzierungsgeschäfte mit den entsprechenden Auswirkung auf die Geldwirtschaft bzw. die Wirtschaft erklärt</li> <li>- die Auswirkung der Beeinflussung der Geldmenge und der Geldkosten darstellt und wie diese sich auf die Inflationsrate auswirken</li> </ul>
3	<p><b>Erörtert, inwieweit die im Text angesprochene Reform des Stabilitätspaktes und die von der Zentralbank betriebene Politik zur Stabilisierung der europäischen Krisenländer beitragen könnte, in folgender oder gleichwertiger Weise, indem er/sie</b></p> <p>1. <u>Argumente nennt, die für eine Reform des Stabilitätspaktes sprechen, z. B.:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Ein höheres Haushaltsdefizit ermöglicht mehr Staatsausgaben, um die Wirtschaft anzukurbeln, wie schon Keynes es in Zeiten einer Krise gefordert hat.</li> <li>- Durch eine Reform wird der Zusammenhalt der EU gestärkt. Während Krisenländer mehr Spielraum erhalten, beteiligen sich wirtschaftlich stärkere Länder durch Investitionen am Aufschwung und profitieren langfristig vom Binnenhandel. In der Bevölkerung entsteht Vertrauen in die EU als Wirtschaftsgemeinschaft.</li> <li>- Durch den Bezug auf stärkeres Wachstum wird sich die Mehrzahl der Staaten überzeugen lassen, bes. um die gemeinsame Währung zu retten.</li> </ul> <p>2. <u>Argumente nennt, die gegen eine Reform des Stabilitätspaktes sprechen, z. B.:</u></p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Gerade die festgeschriebene Höhe des Haushaltsdefizits verhindert eine Verschuldung der Staaten ins Uferlose und sorgt dafür, dass innerstaatliche Reformen vorangetrieben werden. Auch Keynes hat formuliert, dass man nicht mit „dauerhaft durchgedrücktem Gaspedal fahren“ dürfe.</li> <li>- Länder, die die Finanzkrise durch harte Sparkurse und unliebsame Reformen überstanden haben, könnten einen „Europa-Verdross“ entwickeln. Die Bevölkerung dieser Länder wird schwer nachvollziehen können, wieso andere europäische Länder keine so weitreichenden Einschnitte vornehmen müssen.</li> </ul> <p>Die Reform wird an den Widerständen in der Bevölkerung der bereits reformwilligen Staaten scheitern, da diese ihre Regierungen für eine solche Reform in den nächsten heimischen Wahlen abstrafen würden.</p> <p>abschließend ein Urteil fällt. Dieses beruht auf eine abwägenden Reflektion der einzelnen Elemente in einem in sich konsistenten und logischen Argumentationsgang und lässt ein eigenständiges Gesamturteil erkennen.</p>
	<b>Summe Aufgabe 1, 2 und 3</b>

Darstellungsleistung:

1	Der Prüfling: strukturiert seinen Text schlüssig, stringent sowie gedanklich klar und bezieht sich dabei genau und konsequent auf die Aufgabenstellung.
2	bezieht beschreibende, deutende und wertende Aussagen schlüssig aufeinander.
3	belegt seine Aussagen durch angemessene und korrekte Nachweise (Zitate u. a.).
4	formuliert unter Beachtung der Fachsprache präzise und begrifflich differenziert.
5	schreibt sprachlich richtig (Grammatik, Orthographie, Zeichensetzung) sowie syntaktisch und stilistisch sicher.
	<b>Summe der Darstellungsleistung</b>